

## Anlage - BVB zum Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG) – Seite 1 von 3

Der/Die Auftraggeber (AG) wendet/wenden das BbgVergG vom 29.09.2016 (GVBl. Teil I, Nummer 21, S. 1 ff) an. Ein Auszug des Gesetzes ist Bestandteil dieser Anlage - BVB (Seite 2 und 3). Die nachstehenden BVBs gelten unbeschadet der Regelungen in den beigefügten Bewerbungsbedingungen und der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Es werden die folgenden weiteren besonderen Vertragsbedingungen vereinbart:

### Zu § 5 Nachweise

Der als Nachunternehmer vorgesehene Vertragspartner des Bieters verpflichtet sich, Eignungsnachweise und – erklärungen auf Verlangen des Auftraggebers bis zum Zuschlag vorzulegen.

### Zu § 8 Nachunternehmer (NAN)<sup>\*)</sup> und Verleiher

Ein einen Auftrag weiter vergebendes Unternehmen weist seinem unmittelbaren Auftraggeber und/oder dem/den öffentlichen Auftraggeber(n) gegenüber auf Verlangen die rechtsverbindliche Übertragung der Verpflichtungen zur Einhaltung der Arbeitsentgeltbedingungen nach dem BbgVergG und ihre Einhaltung durch den/die von ihm beauftragten NAN<sup>\*)</sup> oder Verleiher in der selben Art, dem selben Umfang und mit selben Inhalt nach, zu der es selbst gegenüber dem AG nach diesem Vertrag verpflichtet ist.

### Zu § 9 Kontrollen

- 1.) Die Überprüfung der Einhaltung der gemäß § 6 Absatz 2 bis 4 und § 8 BbgVergG vereinbarten Vertragsbedingungen erfolgt stichprobenartig anlässlich einer Prüfung der Richtigkeit einer vom Auftragnehmer (AN) gestellten Rechnung.
- 2.) Auf Verlangen des/der AG sind schriftlich innerhalb von 12 WKT ab Zugang des Verlangens Nachweise zum Beleg der Einhaltung des Mindestlohns bzw. Tariflohns i.S.v. § 6 BbgVergG schriftlich und in deutscher Sprache vorzulegen.
- 3.) Kontrollen zur Prüfung der Einhaltung der Arbeitsentgeltbedingungen nach dem BbgVergG finden arbeitstäglich in der Zeit zwischen 8.00 Uhr – 17.00 Uhr statt.  
Zu diesem Zweck räumt der AN dem/den AG schon jetzt für den Fall der Ausübung des Verlangens im Einzelfall gem. Verpflichtungserklärung zur Durchführung des BbgVergG zu § 9 Betretungsrechte für betriebliche Grundstücke und Räume des AN sowie das Recht zur Befragung von Beschäftigten des AN ein. Er weist dem/den AG auf Verlangen nach, dass und wie er dafür gesorgt hat, dass sein/seine NAN<sup>\*)</sup> dem öffentlichen Auftraggeber dieselben Kontrollrechte einräumt/einräumen, wie er sie dem AG einräumt.

### Zu § 10 Auftragssperre

Es wird darauf hingewiesen, dass der AN gemäß § 10 BbgVergG im Falle der schuldhaften Verletzung der Pflichten nach § 6 Absatz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 sowie § 9 BbgVergG, für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Teilnahme am Wettbewerb um Aufträge der in § 2 BbgVergG genannten AG wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen werden soll; dies gilt auch für NAN<sup>\*)</sup> und/oder Verleiher von Arbeitskräften.  
Die Auftragssperre wird der zentralen Informationsstelle zur Aufnahme in die Sperrliste gem. § 11 BbgVergG gemeldet. Der/Die AG nimmt/nehmen gemäß § 12 Abs. 1 BbgVergG zur Prüfung der Eignung Einsicht in die Sperrliste.

### Ergänzung zu Pkt. 3 der BVB

### Zu § 10 Vertragsstrafe, Kündigung

#### 1.) Vertragsstrafe

Für jede vom AN zu vertretende Verletzung der Pflichten durch den AN, seine NAN<sup>\*)</sup> oder Verleiher, die nach § 6 Absatz 2 bis 4, § 8 und § 9 Absatz 1 BbgVergG vereinbart sind, ist durch den AN eine Vertragsstrafe zu zahlen. Die Vertragsstrafe beträgt 1 Prozent des Auftragswertes. Die Gesamtsumme der Vertragsstrafen nach diesem Gesetz beträgt maximal 5 Prozent des Auftragswertes.  
Dabei wird die Vertragsstrafe in den Fällen der §§ 6 und 8 BbgVergG je beschäftigter Person je Monat, in allen anderen Fällen nur insgesamt einmal berechnet.

#### 2.) Kündigung

Jede vom Auftragnehmer zu vertretende Verletzung der nach § 6 Absatz 2 bis 4, § 8 sowie § 9 Absatz 1 BbgVergG vereinbarten Pflichten durch den AN und/oder seine NAN<sup>\*)</sup> und/oder Verleiher berechtigt den/die AG zur Kündigung des Vertrages mit dem AN.

<sup>\*)</sup> **bei EU-weiten Ausschreibungen:** andere Unternehmer bei Bauleistungen bzw. Unterauftragnehmer bei Liefer- und Dienstleistungen

## Anlage BVB zum Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG) – Seite 2 von 3

### Auszug aus dem BbgVergG

#### **§ 5 Nachweise**

(1) Der Auftraggeber hat eine gültige Bescheinigung über die Eintragung in ein Verzeichnis gemäß § 48 Absatz 8 der Vergabeverordnung über geeignete Unternehmen oder Sammlungen von Eignungsnachweisen auch ohne besonderen Hinweis in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen an Stelle individueller Einzelnachweise anzuerkennen. Die Pflicht zur Anerkennung kann nicht dadurch umgangen werden, dass an Inhalt oder Aktualität der Nachweise strengere Anforderungen gestellt werden, als sie für die Eintragung des Unternehmens in das Verzeichnis nach Satz 1 vorgesehen sind. Unterhalb der gemäß § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen einschlägigen Schwellenwerte kann der Auftraggeber nach seiner Wahl § 50 der Vergabeverordnung zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung entsprechend anwenden.

(2) Bei der Vergabe von Bauleistungen fordert der Auftraggeber von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter, für den Fall, dass kein Nachweis nach Absatz 1 vorliegt, die Bescheinigung der Sozialkasse, der der Bieter kraft allgemeiner Tarifbindung angehört, über die Bruttolohnsumme und die geleisteten Arbeitsstunden sowie die Zahl der gewerblichen Beschäftigten. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein, sofern sie nicht Bestandteil eines Nachweises nach Absatz 1 sind. War der Bieter in den vergangenen sechs Monaten nicht im Inland ansässig, so genügt eine Eigenerklärung, in diesem Zeitraum nicht gegen Verpflichtungen über die Entrichtung der Beiträge zur sozialen Sicherheit nach den Rechtsvorschriften des betreffenden Sitzstaates verstoßen zu haben.

(3) Hat ein Bieter in den letzten sechs Monaten vor Ablauf der Angebotsfrist einem Auftraggeber bereits Nachweise nach den Absätzen 1 und 2 oder andere Eignungsnachweise nach den Vergabe- und Vertragsordnungen vorgelegt, so fordert derselbe Auftraggeber von dem Bieter diese Eignungsnachweise nur noch an, wenn begründete Zweifel an der Eignung des Bieters bestehen. Der Bieter weist den Auftraggeber darauf hin, dass er bereits in den letzten sechs Monaten Eignungsnachweise nach den Vergabe- und Vertragsordnungen zur Prüfung vorgelegt hat und benennt das dazugehörige Vergabeverfahren.

(4) Auf Nachunternehmer lautende Nachweise und Erklärungen sind vom Auftragnehmer vor Beginn der Nachunternehmerleistung vorzulegen.

#### **§ 6 Mindestentgelt**

(1) Die Regelungen dieses Teils finden keine Anwendung, wenn für die zu beschaffenden Leistungen bereits durch das Mindestlohngesetz, aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder durch andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte im Sinne des § 2 Absatz 6 ein Mindestentgelt definiert ist, welches das Mindestarbeitsentgelt gemäß Absatz 2 erreicht oder übersteigt.

(2) Ein Auftrag wird nur an Bieter vergeben, die sich gegenüber dem Auftraggeber verpflichten, den bei der Erbringung von Leistungen eingesetzten Beschäftigten ein Mindestentgelt in Höhe von mindestens 9 Euro je Zeitstunde zu zahlen. Das Mindestentgelt muss dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschläge entsprechen. Diese Verpflichtung muss Bestandteil des Angebots sein. Bei einer Lieferung gilt dies nur für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Satz 1 ist nur anzuwenden, wenn sich für die zu beschaffende Leistung nicht bereits ein gleich hohes oder höheres Mindestentgelt aus anderen gesetzlichen Bestimmungen über das Mindestentgelt im Sinne des § 2 Absatz 6 ergibt.

(3) Wenn die Entlohnung der Arbeitnehmer nicht nach Zeitstunden, sondern anhand einer anderen Größe erfolgt, muss der Bieter ergänzend zu der Verpflichtung gemäß Absatz 2 Satz 3 spätestens im Rahmen der Kontrolle gemäß § 9 anhand einer transparenten und nachvollziehbaren Kalkulation glaubhaft machen, dass jeder Arbeitnehmer im Durchschnitt mindestens den in Absatz 2 Satz 1 definierten Mindestlohn erhält. Wenn die Entlohnung der Arbeitnehmer sich aus einem Grundlohn und Leistungszuschlägen zusammensetzt, muss der Bieter glaubhaft machen, dass der Grundlohn jedes Arbeitnehmers mindestens dem in Absatz 2 Satz 1 definierten Mindestlohn entspricht.

(4) Wenn Arbeitnehmer in ihrer Arbeitszeit gleichzeitig für verschiedene Auftraggeber tätig sind, von denen nicht alle diesem Gesetz unterliegen, wie es beispielsweise bei Post- oder Wäschereidienstleistungen der Fall sein kann, ist der Mindestlohn gemäß Absatz 2 Satz 1 anteilig für die Arbeitszeit zu zahlen, die auf die Erfüllung der diesem Gesetz unterliegenden Aufträge entfällt. Der Bieter muss ergänzend zu der Verpflichtung gemäß Absatz 2 Satz 3 spätestens im Rahmen der Kontrolle gemäß § 9 anhand einer transparenten und nachvollziehbaren Kalkulation glaubhaft machen, dass jeder Arbeitnehmer anteilig mindestens den in Absatz 2 Satz 1 definierten Mindestlohn erhält.

## Anlage BVB zum Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG) – Seite 3 von 3

### Auszug aus dem BbgVergG

#### **§ 8 Nachunternehmer und Verleiher**

Der Auftraggeber vereinbart mit dem Auftragnehmer, dass der Auftragnehmer die Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften vertraglich verpflichtet, dass diese ihren Beschäftigten im Rahmen ihrer vertraglichen Leistung mindestens die Arbeitsentgeltbedingungen gewähren, die für die vom Nachunternehmer oder dem Vertragspartner des Verleihers zu erbringenden Leistungen nach § 6 Absatz 2 maßgeblich sind. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf alle an der Auftragsbefriedigung beteiligten Unternehmen. Der Auftraggeber hat darauf zu achten, dass der jeweils einen Auftrag weiter Vergebende die rechtsverbindliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die von ihm beauftragten Nachunternehmer oder Verleiher sicherstellt und seinem unmittelbaren Auftraggeber auf Verlangen nachweist. Die Kontrollrechte sind dabei auch zugunsten des Auftraggebers zu vereinbaren.

#### **§ 9 Kontrollen**

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Einhaltung der gemäß § 6 Absatz 2 und § 8 vereinbarten Vertragsbestimmungen zu überprüfen. Die Überprüfung erfolgt als Bestandteil der Prüfung der Richtigkeit einer vom Auftragnehmer gestellten Rechnung und durch eine ausreichende Zahl von Stichproben. Zu diesem Zweck sind Nachweispflichten des Auftragnehmers und für den Auftraggeber Betretungsrechte für betriebliche Grundstücke und Räume des Auftragnehmers sowie das Recht zur Befragung von Beschäftigten des Auftragnehmers zu vereinbaren, soweit sie für die Durchführung von Kontrollen erforderlich sind. Bei der Überprüfung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen im Sinne des Satzes 1 sind im Regelfall Bescheinigungen eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers über die Lohn-höhe oder darüber, dass alle Beschäftigten mindestens den jeweils einschlägigen Mindestlohn erhalten, ausreichend. Von der Überprüfung gemäß Satz 1 kann abgesehen werden, wenn der Auftraggeber annehmen kann, dass die Vertragsbestimmungen im Sinne des Satzes 1 eingehalten werden, insbesondere weil

1. Leistungen in Branchen beschafft werden, die regelmäßig deutlich übertariflich zahlen, oder
2. Leistungen durch einen Auftragnehmer erbracht werden, der dem Auftraggeber bereits aus einer dauerhaften Geschäftsbeziehung bekannt ist.

#### **§ 10 Vertragsstrafe, Kündigung, Auftragsperre**

(1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen, die nach § 6 Absatz 2 und den §§ 8 und 9 Absatz 1 vereinbart sind, zu sichern, hat der Auftraggeber mit dem Auftragnehmer für jede vom Auftragnehmer zu vertretende Verletzung dieser Pflichten durch den Auftragnehmer, seine Nachunternehmer oder Verleiher eine Vertragsstrafe wegen nicht gehöriger Erfüllung zu vereinbaren. Die Vertragsstrafe beträgt 1 Prozent des Auftragswertes. Ist die Vertragsstrafe im Einzelfall unverhältnismäßig hoch, so ist sie vom Auftraggeber auf Antrag auf einen angemessenen Betrag herabzusetzen. Die Summe der Vertragsstrafen nach diesem Gesetz darf insgesamt 5 Prozent des Auftragswertes nicht überschreiten. Es ist vorzusehen, dass die Vertragsstrafe in den Fällen der §§ 6 und 8 je beschäftigter Person je Monat, in allen anderen Fällen nur insgesamt einmal berechnet werden kann.

(2) Der Auftraggeber vereinbart mit dem Auftragnehmer, dass die von diesem zu vertretende Verletzung der nach § 6 Absatz 2 und den §§ 8 sowie 9 Absatz 1 vereinbarten Pflichten durch den Auftragnehmer oder seine Nachauftragnehmer oder Verleiher den Auftraggeber nach Abmahnung zur Kündigung des Vertrages mit dem Auftragnehmer berechtigen.

(3) Hat ein Auftragnehmer schuldhaft seine nach § 6 Absatz 2 und die §§ 8 sowie 9 Absatz 1 vereinbarten Pflichten verletzt, so soll er für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Teilnahme am Wettbewerb um Aufträge der in § 2 genannten Auftraggeber wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen werden. Die Auftragsperre ist von Auftraggebern, die nicht selbst privatrechtliche Unternehmen sind, der zentralen Informationsstelle zur Aufnahme in die Sperrliste gemäß § 11 zu melden.